

# Der Wärmepumpengipfel

geschrieben von Admin | 4. Juli 2022

**In Deutschland wird besonders gern gegipfelt und gewendet. Jetzt soll auch die Wärmewende kommen – also eine Abkehr von Wärme zu Kälte? Man gipfelt zur Wärmepumpe, es soll wieder einen Königsweg mit nur einer Technik als Erlösung geben. Die Lernfähigkeit unseres führenden Personals ist überschaubar.**

**von Frank Hennig**

Im Zuge der Sektorenkopplung soll künftig auch der Wärmemarkt zunehmend auf Elektrizität basieren. Das hilft als Begründung für immer weiteren, ambitionierten, ehrgeizigen und ähnlich propagandistisch bezeichneten extremen Ausbau von Wind und Fotovoltaik.

Auch hier will man wieder alle Eier in einen Korb legen, auch hier werden Ziele verkündet, die einer Plausibilitätsprüfung nicht standhalten. 2021 wurden 154.000 Wärmepumpenanlagen installiert, ab 2024 sollen es 500.000 pro Jahr sein. Abgesehen von der Frage, ob auf Herstellerseite so viel gebaut werden kann und was dieser Nachfragedruck für die Preise bedeutet, steht vor allem die Installateursseite im Focus. Bereits heute fehlen um die 40.000 Fachkräfte, nun bräuchte man noch 60.000 zusätzlich. Minister Habeck sieht dafür drei Hebel: Die Attraktivität des Berufes herausstellen, die Weiterbildung fördern und die „Hürden“ senken. Insbesondere letzter Punkt ist problematisch, denn Wärmepumpen sind in der Auslegung und Einstellung verglichen mit konventionellen Heizungssystemen sehr sensibel. Eine falsch eingestellte Anlage wird schnell zum Stromfresser.

Erwähnenswert übrigens, dass es über die sehr konkrete Tätigkeit im Heizungsgewerbe keine Quotendiskussion gibt. Die Zahl der jungen Frauen, die sich in der Heizungs-, Klima- und Lüftungsbranche durch Machos am beruflichen Aufstieg gehindert fühlen, dürfte gering sein. Jedenfalls gab es dazu noch keine Diskussion, andernfalls wäre es in einschlägigen Medien verbreitet worden.

## **Kälte rein, Wärme raus**

Die Funktionsweise einer Wärmepumpe kann man sich am besten wie die eines Kühlschranks vorstellen, der anders herum genutzt wird. Der Umwelt wird Wärme auf niedrigem Niveau entzogen, ein Kältemittel verdampft bei niedrigem Druck, wird komprimiert und kondensiert bei hohem Druck und höherer Temperatur.

Die überwiegende Zahl der Anlagen funktioniert auf diese Weise und benötigt entsprechend Strom für die Verdichter. Am Ende steht ein Wirkungsgrad von über 100 Prozent, aber da dies den Begriff verfälscht,

spricht man hier von der „Arbeitszahl“. Bei modernen Anlagen liegt diese bei 4 bis 5, das heißt pro aufgewendeter Energieeinheit (Kilowattstunde Strom) ergeben sich 4 bis 5 Kilowattstunden Wärme.

Die Arbeitszahl ist umso höher, je geringer die Temperaturdifferenz von Energiequelle (Erdboden, Außenluft) zur Heizungs-Vorlauftemperatur ist. Deshalb machen eigentlich nur Niedertemperaturheizungen Sinn, also Fußboden- oder Wandheizungen. Übliche Heizkörper müssten in größerer Zahl eingebaut werden, um die Räume mit der geringen Vorlauftemperatur von 30 bis reichlich 40 Grad ausreichend temperiert zu bekommen.

Das zeigt, dass nicht jedes Gebäude für eine Umrüstung geeignet ist. Der nachträgliche Einbau einer Fußbodenheizung ist aufwändig und auch eine gute Gebäudedämmung ist Voraussetzung. Deshalb sagte Professorin Messari-Becker, Inhaberin des Lehrstuhls für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Uni Siegen, Wärmepumpen seien gut für den Neubau. Doch die Herausforderungen lägen im Bestand. Hier seien die Gebäude, ihre energetische Qualität oder die Infrastruktur derart unterschiedlich, dass es nicht die eine Lösung geben könne. Die Bundesregierung sollte dringend vielfältige technische Wege zulassen. „Man ist immer noch auf Strom fokussiert.“ Das sei ein fataler Fehler, man müsse mehr etwa auch auf Biogas oder Geothermie setzen und an Quartierslösungen denken.

## **Weisung statt Markt**

Nun widerspricht differenziertes Denken dem grünen Naturell. Hier gibt es kein Grau, nur schwarz und weiß, nur richtig und falsch, nur gut und böse. Hier ist Wettbewerb unter den Technik unerwünscht, ein selbstregulierender Markt sowieso. Dabei gab es noch nie Erfindungen, technischen Fortschritt und Technikentwicklung nach politischen Vorgaben. Stets war es der Markt, der für Höherentwicklung sorgte, die besten Technik für den Masseneinsatz möglich machte.

Dabei trennte sich auch folgerichtig die Spreu vom Weizen, die Windenergie war auf Grund geringer Energiedichte und zufälligem Aufkommens im ausgehenden 19. Jahrhundert folgerichtig am Ende. Nur durch politische Entscheidungen, Begünstigung und finanzieller Zwangsbeatmung wurde sie wieder zur Massenerscheinung. Politiker mit ihrem begrenzten (und offenbar immer begrenzterem) Wissen, maßen sich an, die Weichen der Technik per Beschluss zu stellen und damit das Leben in den künftigen Jahrzehnten bereits heute bestimmen zu können.

Nun stehen nicht nur Material- und Fachkräftemangel dem überambitionierten Ziel des umfangreichen Wärmepumpenausbaus im Weg, auch die Stromzufuhr für die Masse der Anlagen in der Fläche funktioniert nicht ohne den Ausbau der Verteilnetze, was mit zunehmender E-Mobilität ohnehin nötig würde. Das Gesamtaufkommen an Strom ist nicht gesichert, denn immer noch gelten die Gesetze zum Atom- und Kohleausstieg.

Seit dem 1. Juli hilft uns nun die Ukraine. Nach Angaben von Präsident Selenskyi fließt der Strom über Rumänien in die EU, er könne einen bedeutenden Teil russischen Gases ersetzen. Währenddessen behaupten immer noch deutsche Politiker und Wissenschaftlerinnen, Strom- und Wärmesystem hätten nichts miteinander zu tun. Mehr Ahnungslosigkeit war selten, deutsche Gaskraftwerke laufen weiter und produzieren zwischen etwa 5.000 und 18.000 Megawatt Strom.

Der ukrainische Strom verbessert sogar unseren Fußabdruck, er wurde am 1. Juli mit 238 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde erzeugt, während deutscher Strom mit 377 Gramm zu Buche schlug<sup>1</sup>. Die Kernkraft macht den Unterschied.

Ein Land im Krieg hilft einem Land, das selbst im Frieden seine Infrastruktur nicht in den Griff bekommt.

## Luft und Erde

Wärmepumpen wie auch E-Mobil sind nur dann „klimafreundlich“, wenn der Strom zu ihrem Betrieb weitgehend emissionsfrei ist. Durch das Ersatzkraftwerke- bereitstellungsgesetz (EKWG) wird es wieder mehr Kohlestrom geben. Da die E-Fahrzeuge ohnehin mit einem größeren CO<sub>2</sub>-Rucksack vom Band rollen, wird durch den Fahrstrom mit hohem Kohleanteil der herbei gerechnete „Klimavorteil“ gegenüber einem Verbrenner zunehmend Makulatur. Dennoch bleibt die 9.000-Euro-Förderung erhalten. Warum? Ebenso konterkarieren kohlestrombetriebene Wärmepumpen den Ansatz der Emissionssenkung.

Nun hängen die Vorteile der Wärmepumpe, eine gute Nutzung der Umweltwärme und eine möglichst hohe Arbeitszahl, stark von der Art der eingesetzten Umweltwärme ab. Anlagen mit Solekreisläufen, also Erdsonden oder -kollektoren, liefern das ganze Jahr über relativ konstante Vorlauftemperaturen an der Eingangsseite von ungefähr fünf Grad. Das ermöglicht auch im Winter wirtschaftlichen Betrieb. In viel größerer Zahl werden allerdings Luftwärmepumpen verbaut, die die Umgebungsluft nutzen. Sie sind in der Installation wesentlich preiswerter, bei den Betriebskosten dürften sie jedoch deutlich teurer sein.

Ich kann hier eigene Erfahrungen einbringen, denn bei uns im Haus laufen zwei Wärmepumpen. Die erste wurde bereits 1995 beim Bau installiert, das Aggregat wurde inzwischen erneuert. Damals war es noch eine Exoten-Technik. Sie arbeitet mit vier doppelt berohrten Erdspeissen, die bis in etwa 25 Meter Tiefe reichen. Das hat auch in kalten Wintern stabile Temperaturen auf der Primärseite zur Folge. Die Warmwasserbereitung läuft über eine Luftwärmepumpe, die im Keller steht und von der Temperatur der Kellerluft „lebt“. Hier gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Sommer- und Winterbetrieb. Im Sommer bei fast 20 Grad im Keller sind die Laufzeiten kurz, im Winter bei unter 15 Grad läuft sie deutlich länger und bei höherem Warmwasserverbrauch geht es nicht ohne den elektrischen Heizstab. Bezogen auf eine

Heizungswärmepumpe auf Basis der Umgebungsluft bedeutet dies, dass im Winter, zu Zeiten des höchsten Wärmebedarfs, die Arbeitszahl stark sinkt und bei Frost der teilweise Einsatz einer weiteren Wärmequelle, vermutlich von Direktstrom, nötig werden kann.

In diesem Sinne äußerte sich auch Frau Professorin Messari-Becker in der Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Bundestages zum Gebäudeenergiegesetz. Sie schlug eine stärkere Förderung Erdwärme-basierter Wärmepumpen vor. Ob die Grünen diesen technisch-physikalischen Unterschied der Wärmepumpentechnologie intellektuell verarbeiten können, darf bezweifelt werden. Bei ihnen schlägt Ideologie das Fachwissen. Dies ist eine Analogie zum verflochtenen realsozialistischen System.

Wärmepumpen können und sollten verstärkt genutzt werden. Sie sind aber bei weitem nicht der Königsweg im Gebäudesektor. Wie im Strommarkt und auf der Straße wäre ein sinnvoller Mix verschiedener Technik volkswirtschaftlich vorteilhaft. Gegen die Wärmepumpen spricht eine unkalkulierbare Strompreisentwicklung, zudem ist aus Sicht der Versorger und des Staates der systemische Vorteil gegeben, die Anlagen fernabschalten zu können. Über die Regelung der Schaltzeiten besteht die Möglichkeit des Zugriffs, das heißt, die Anlagen lassen sich nicht nur vertragsgemäß in Spitzenzeiten, sondern auch in eventuell kritischen Situationen abschalten. Das funktioniert bei den leistungsstärkeren Ladesäulen der E-Mobilität noch nicht, wird aber unausweichlich sein, wie der (vorerst zurückgezogene) Gesetzentwurf zur Spitzenglättung zeigte.

Im Jahr 2020 wurden etwa viermal so viele Gasheizungen wie Wärmepumpen installiert. Das ruft geradezu danach, weiter zu gipfeln und zu wenden.

1 – <https://app.electricitymap.org/map>

---

## **Niedersachsens Energieminister Lies – der Großdenker der Woche**

geschrieben von Admin | 4. Juli 2022

**Ein gerade erschienenes Interview mit dem niedersächsischen Energieminister Olaf Lies zeigt, dass wir nicht auf die Kompetenz der Politiker bei der Lösung der aktuellen Energie-Probleme hoffen sollten.**

## Von Roger Letsch

Namenswitze verbieten sich im Journalismus genauso wie derbe Bemerkungen über fachfremde und damit irrelevante Äußerlichkeiten. „Wie der/die/das schon aussieht“ geht gar nicht und ist genauso unstatthaft wie „wenn ein Politiker schon ‚Lügen‘ (englisch lies) heißt, was soll man da erwarten“. Nein, sowas lassen wir schön bleiben, selbst wenn bereits das Zitat in der Überschrift des Interviews der WELT mit Olaf Lies, dem Energieminister Niedersachsens, tatsächlich eine Lüge ist. Er behauptete doch allen Ernstes, wir „würden mit Atomkraft keine Kilowattstunde mehr erzeugen“, wenn wir die verbliebenen drei Kraftwerke länger am Netz ließen.

Nun bräuchte ein stattlicher deutscher Druckwasserreaktor noch im Herunterfahren kaum länger als einen Wimpernschlag für diese kleine Energiemenge am jungen Neujahrmorgen 2023 und würde den Minister leicht der Lüge überführen, aber wir wollen mal nicht kleinlich sein und lassen den Spruch als Metapher durchgehen, selbst wenn auch diese nicht stimmt. Könnte uns doch angesichts des vom Wirtschaftsminister Habeck ausgerufenen Gasnotstands bald buchstäblich jeder Hamster im Laufrad mit Fahrraddynamo eine Hilfe sein. Für die deutsche Kernkraft ist der Zug wohl tatsächlich abgefahren, und zwar ausschließlich deshalb, weil die Politik alle Gelegenheiten hat verstreichen lassen, in Anbetracht der Krise auf der Angebotsseite noch die Reißleine zu ziehen. Im Februar vielleicht oder im März wäre es noch gegangen. Mit langem Nachdenken und Zögern vielleicht auch noch im April oder Mai. Wenn sich aber selbst Ende Juni noch kein politischer Wille artikuliert hat, ist es tatsächlich zu spät, denn übermorgen wird schon Dezember sein und am 31. desselben war's das dann. Dank der an Dummheit grenzenden Denkfaulheit von Politikern wie Merkel, Scholz, Baerbock, Habeck und Lies.

## Frieren oder Wirtschaftseinbruch

Frieren oder Wirtschaftseinbruch, Herr Minister, welches Schweind'l hätten's denn gern? So fragt die WELT. Und Lies, der beides nicht will und doch beides nicht verhindern kann, erklärt erst mal, dass die Gaskraftwerke vom Netz genommen werden und die Industrie auf Sparflamme gesetzt wird.

*„Wir motivieren die Industriebetriebe mit einem Ausschreibungsmodell dazu, auf die Nutzung von Gas möglichst zu verzichten. Und wir werden die Bürger dazu animieren, auch im Winter deutlich weniger Gas zu verbrauchen.“*

Das ist, als würde man einem Bergsteiger in 8.000 Meter Höhe empfehlen, flacher zu atmen. Wie dieser Verzicht im Privaten funktionieren soll, sagt der Minister auch: „Optimal gewartete Heizungsanlagen“ brauchen 15 bis 20 Prozent weniger Gas. Wie viele der installierten Anlagen dieses Potenzial überhaupt noch haben und wie viele Haushalte sich eine Verschwendung von 15 bis 20 Prozent bisher leisten konnten, weiß der

Minister zwar nicht, sieht aber „erhebliches Sparpotenzial“. Die Anlagen „rechtzeitig auf Vordermann“ bringen, das muss jetzt sein. Ist doch ganz einfach!

Eigentlich eine Ohrfeige für die Branche der Heizungsmonteure und Schornsteinfeger, die diese Ordnungsmäßigkeit jährlich attestieren müssen, und auch ins Gesicht der Hausbesitzer, die durch übertriebene Dämmungsmaßnahmen oder neue, teure Technik den seit Jahren steigenden Heizkosten zu entgehen versuchen und nun auch noch den CO<sub>2</sub>-Heiz-Fußabdruck ihrer Mieter finanzieren müssen. Soll man also sämtliche – sagen wir zehn Jahre alten – Anlagen rausreißen und durch neue ersetzen? Mit welchem Geld? Mit welchen Anlagen? Welche Monteure sollen das erledigen und in welcher Zeit? Wann hat Lies eigentlich zuletzt mit einem Heizungsbauer in Braunschweig oder Hauseigentümer in Buxtehude gesprochen? In vier Monaten beginnt die Heizsaison und Lies denkt jetzt darüber nach, Energiespar-Experten loszuschicken und Förderprogramme aufzulegen! Hier, in Deutschland, wo die Handwerker selten sind wie Einhörner, älter als die Lehrer und die Handwerkslehre scheuende Gen-Z am liebsten GenderologiX beim NDR werden möchte oder auf Straßen klebt und „das Ende ist nahe“ ruft!

## **Ein Gasproblem, kein Stromproblem**

*„Wir haben ein Gasproblem, kein Stromproblem. Und für das Gas, das wir zurzeit zur Verstromung nutzen, haben wir eine Ersatzlösung. Längere Laufzeiten bei den Kohlekraftwerken. Das tut mir zwar weh. Wir haben ja lange genug über den Kohleausstieg verhandelt. Aber es muss nun mal sein, um den Strom zu ersetzen, den wir bisher mit Gaskraftwerken gewinnen. Die Debatte über die Verlängerung der Atomkraft können wir uns sparen. Wir würden keine Kilowattstunde mehr erzeugen, denn die Kraftwerke würden zwar länger, aber bei verringerter Leistung laufen müssen. Was wir brauchen, ist ein turboschneller Ausbau der Erneuerbaren.“*

Nein, eine Ersatzlösung habt ihr nicht! Und zwar deshalb, weil es gerade die schnelle Regelbarkeit der Gaskraftwerke war, die die Volatilität von Sonne und Wind abpuffern half. Das billige russische Gas war die dunkle Seite der Energiewende, die reaktivierten Kohlekraftwerke kann man nicht wie ein Rodeo-Pferd reiten, da sträubt sich die Physik, was die Politik natürlich nur wenig interessiert. Es fällt also künftig eine entscheidende Regelgröße weg, was uns noch ein Stückchen dichter an Netzabschaltungen und einen Blackout bringen dürfte und die Industrie – oder das, was von ihr noch übrig ist – zu einer weiteren Kehrtwende zwingt. Diesmal in Richtung deutsche Außengrenze.

**Gestern: raus aus Kohle und Atom, heute: raus**

## aus allem

Zurück ins Jahr 2019. Die Älteren werden sich erinnern an die Zeit, als Corona noch eine Biermarke und Putinverstehrer eine anerkannte politische Qualifikation war. Die energiehungrige Stahlbranche wagte den Aufbruch in die energiegewendete Postmoderne. Ein jeder springt halt so hoch und weit, wie er kann, wenn die Politik es gegen jede Realität verlangt – solange die Politik genug Steuergeld bereitstellt. Vorneweg sprang die Salzgitter AG, die ihre drei Hochöfen schrittweise auf „Low CO2 Steelmaking“ umstellen wollte und dafür in die Wasserstoffwirtschaft einzusteigen und aus der Nutzung von Kohle auszusteigen versprach. Auf der SALCOS-Projektseite drehen sich schon die Windrädchen in der Animation, und ein Artikel auf „EURACTIV“ vermeldete begeistert, dass es auf dem Werksgelände sogar schon eine 3D-Animation der geplanten Anlage gäbe. Die Revolution in der Stahlindustrie! CO2-Neutralität zum Greifen nahe!

Die Windräder für den Strom, den die Elektrolyse braucht, stellte die E.ON-Tochter Avacon auf, sieben insgesamt. Doch schaut man sich das Schaubild etwas genauer an und nicht nur auf die drehenden Windmühlen, fällt der süße kleine Tanklastwagen mit der Aufschrift „Linde“ auf, der jenen Wasserstoff anliefert, den die sieben Windräder gerade nicht durch Elektrolyse erzeugen können, weil die Anlagen zu klein sind oder der Wind gerade nicht weht. So ein Hochofen kennt ja keinen Wetterbericht und will es auch bei Flaute schön warm haben. Der „Grüne Wasserstoff“ soll also vor allem der moralischen Veredelung des fossilen dienen, welcher, wir ahnen es, großtechnisch aus Erdgas gewonnen wird. Der nennt sich dann „Türkiser Wasserstoff“, was uns nicht weiter kümmern muss, denn es gibt auch noch grauen, blauen, gelben oder pinken. In der energiewendegetriebenen Wasserstoffwirtschaft geht es mittlerweile bunt zu wie auf einer LGBTQIA-Flagge.

## 140 Windräder für drei Hochöfen

Die bei der Stahlerzeugung benötigten Mengen an wie auch immer „gefärbtem“ Wasserstoff sind jedoch interessant. EURACTIV wusste zu berichten, dass bei Salzgitter AG pro Stunde und Hochofen 80.000 Kubikmeter Wasserstoffgas erforderlich sind. Das entspräche einer Elektrolyseleistung von 330 MW. Kontinuierlich! Bedenkt man, dass die heute größten Onshore-Windkraftanlagen eine installierte Leistung von lediglich 5–7 MW haben, bräuchte man für alle drei Hochöfen der Salzgitter AG im Endausbau rein rechnerisch nicht sieben, sondern zwischen 140 und 200 Windkraft-Anlagen und natürlich eine ganzjährige 24/7-Starkwindgarantie, von der aber noch nicht klar ist, ob sie wie das 9-Euro-Ticket einfach politisch beschlossen oder durch Energieministergeschwätz geschaffen werden kann.

Das Gegenteil ist offenbar der Fall: Im letzten Jahr sank in Deutschland die Energiegewinnung aus Wind trotz Zubaus etwa auf den Stand von 2018.

Der Verweis auf den künftigen Import „Grünen Wasserstoffs“ aus den Niederlanden klang auf der SALCOS-Webseite leider auch wenig überzeugend, schließlich sind die Anlagen bei unseren Nachbarn noch nicht mal gebaut, und falls sie es eines Tages sind, dann sicher nicht nur zu dem einen Zweck, in Salzgitter drei Hochöfen zu betreiben.

Diese Meldung stammt nun, wie gesagt, aus 2019, und das Problem, an dem die Politik damals laborierte, hieß Kohleaus- und Gaseinstieg. Die Strompreise brachten die Firmen damals schon um den Schlaf, und viele energieintensive Betriebe hatten – in Vertrauen auf die politischen Versprechungen – ihre Prozesse gerade von Strom auf Erdgas umgestellt. Einerseits um der Kostenfalle Stromkosten und andererseits dem Damoklesschwert der Zwangsabschaltung bei Netzüberlastung als „Abwurflast“ gegen Entschädigung zu entgehen. Doch Entschädigungen schmelzen weder Aluminium noch Stahl, weshalb das SALCOS-Projekt eben die scheinbar richtige Antwort der Salzgitter AG auf die politische Vorgabe „Kohleausstieg“ war.

## **Wie es wohl heute um das Projekt bestellt ist?**

Auf der Projektseite mit all den schönen Grafiken, salbungsvollen Worten und beeindruckenden Anglizismen findet sich jedenfalls, ganze drei Jahre später, kaum ein Wort über den Sachstand. Stattdessen wolkige Zeithorizonte und Inbetriebnahme-Ankündigungen für Versuchsanlagen im Westentaschenformat. Die nackten Fakten findet man – wie üblich in der staatsabhängigen Wirtschaft – erst im Kleingedruckten. In diesem Fall im Quartalsbericht 1/2022, wo es heißt: „SALCOS® – Salzgitter Low CO2 Steelmaking: Kurz vor Investitionsentscheidung im Aufsichtsrat“. Die verfügbare Energie der Wasserstoffwirtschaft taugt momentan also für kaum mehr als die Erwärmung von Luft und Gewissen, Eisenerz lässt sich damit nicht in Stahl verwandeln, und angesichts des sich gerade drehenden „Windes“ in Sachen Gas wird man bei der Salzgitter AG froh sein, noch keine Fakten geschaffen zu haben und weiter Stahl aus Eisen und Koks kochen zu können.

Was machen so kurzfristige politische Kehrtwenden wie die heutige und ihre vielen Vorgänger mit der Investitionsbereitschaft der Wirtschaft? Zumindest ist die Frage beantwortet, warum sich in Deutschland ohne vorher reichlich fließende Subventionen kaum noch ein Rad dreht. Der Energieminister Niedersachsens hat sich offenbar daran gewöhnt, denn er spricht davon, dass „wir Deutschen unsere Anreize brauchen“. Für die Salzgitter AG dürfte der Anreiz (den Förderbescheid hat Ministerin Svenja Schulze 2020 feierlich übergeben) derzeit kaum ausreichen, metallurgisch von der Klippe zu springen und dabei das Fliegen jenseits der Gesetze der Physik zu lernen.

Ein weiteres Merkmal der Denkfaulheit mancher Politiker ist die Fehleinschätzung der Wirkung der Signale, die sie bei all ihrem Problemlösungsaktivismus aussenden. Da wären die Drohungen und das Gejammer über die bösen Ölkonzerne, die gerade Kasse machten. Wie ist

denn die Lage, wenn man sie aus der Sicht von Shell, Esso oder BP betrachtet? Da ist dieses willkommene Argument, Putin treibe die Preise hoch, und gleichzeitig die Bekräftigung der Ankündigung der Politik, bald sei Schluss mit Benzin und Diesel. Macht man dann an der Zapfsäule einen Schlussverkauf und gibt satte Rabatte, oder sagt man sich „nimm mit, was du kriegen kannst, solange es noch geht“ und dreht an der Schraube, zumal die Politik die Schuld daran so wohlfeil und willkommen dem bösen Putin in die Schuhe schiebt? Investitionen bleiben aus, der perspektivisch schrumpfende Markt wird uninteressant, weil sein Ende durch politische Hybris in Sicht ist. Mit Moralkeulen kann man auch nichts mehr ausrichten, nachdem die Fossile Energie ohnehin unisono für den Untergang der Welt verantwortlich gemacht wird.

## **Fracking bleibt böse – zumindest daheim**

Entscheidend wäre, die Energiequellen zu diversifizieren und technologieoffen Investitionen anzulocken. Und zwar vorgestern! Es geht nicht mal darum, dass die Ergebnisse sofort sichtbar werden, wie es Habeck erfolglos versuchte, als er in Katar auf den Knien lag.

Die Ankündigung, sichere Rechtsgrundlagen für Investitionen zu schaffen, rechtlich abzusichern und zu erhalten, wäre bereits die halbe Wirkung, auch auf die Preise. Stattdessen sowas hier vom Energieminister des deutschen Gaslandes Niedersachsen:

*„Fracking in Sandgesteinsschichten machen wir seit Jahrzehnten, und das bleibt auch erst einmal so. Was wir nicht machen werden, ist Erdgasförderung aus Schiefergestein. Das lehne ich ab. Es hilft uns aktuell überhaupt nicht, weil es Jahre bräuchte – wir gehen von mindestens fünf bis sechs Jahren aus – bis wir die ersten Kubikmeter fördern könnten. Die Herausforderungen haben wir aber in diesem Winter. Und wenn wir so weit wären, würden wir mit dem Frackinggas das fossile Zeitalter unnötig verlängern. Und die Klimaziele mit Sicherheit nicht erreichen.“*

Sandstein ja, Schiefer nein. Warum? Der Minister lehnt es ab, fertig! Von anderswo nehmen wir das Schiefer-Fracking-LNG aber gern, so wie wir auch Strom aus französischen Kernkraftwerken nehmen, solange wir dabei das Fähnlein der überlegenen Moral kräftig flattern lassen können. Und Lies dreht das Argument sogar noch um: Weil Investitionen in Schiefergas-Fracking uns JETZT nicht helfen, sondern erst in einigen Jahren, macht man es JETZT nicht und wird es folglich nie tun. Unsere Klimaziele erreichen wir so, aber nicht mit Sicherheit, sondern mit Unsicherheit. Oder wie es vielleicht die „Letzte Generation“ zusammenfassen würde: kein Strom, kein CO2-Problem!

## **So schnell geht es nicht**

Nichts hat er begriffen, der Olaf Lies. Schon gar nicht, dass auch der

„turboschnelle Ausbau der Erneuerbaren“ uns nicht über den nächsten oder überhaupt einen Winter bringen kann. Zunächst deshalb, weil in vier oder sechs Monaten niemand die Wind- und Solaranlagen gebaut haben wird, ganz gleich, mit welchen Potenzfloskeln (aus der überkommenen Zeit der schnellen deutschen Verbrenner-Autos übrigens) dies gefordert wird. Die Monteure sind sowieso damit beschäftigt, die Gasheizungen im Land 20 Prozent effizienter zu machen, wie Lies es empfohlen hat und fördern möchte.

Spätestens dann aber, lieber Herr Lies, in einem Winter, wie ihn der gnädige Klimawandel (der Herr möge ihn segnen auf allen Wegen) verhindern möge, bekommen wir das, was Sie nicht sehen wollen: ein Stromproblem auf der Spitze des Gasproblems, bei dem uns die verbliebenen Kernkraftwerke sehr wohl hätten helfen können, wenn Sie und Ihre Partei sich nicht bis zum „Point Of No Return“ geweigert hätten, diese Hilfe in Betracht zu ziehen. Die Besitzer von Gasheizungen fangen dank Gasnotstand „Habeck Gelb“, exponentiell steigender Preise und der Realitätsferne der Politik nämlich bereits an, elektrische Heizlüfter zu kaufen. Da wird für die Netzstabilität gerade der Sicherungssplint aus einer Handgranate gezogen für den Fall, dass das Habeck-Gasometer auf „Rot“ springt. Dann wird die Dusche kürzer, kälter und dunkler, und die Pendler müssen sich dank des 9-Euro-Tickets im morgendlichen überfüllten Bus zur Arbeit mit Reibungswärme begnügen.

*Dieser Artikel erschien zuerst auf [unbesorgt.de](https://unbesorgt.de).*

---

## Neues vom Gesetzgeber – Das Ersatzkraftwerkebereitleistungsgesetz

### Z

geschrieben von Admin | 4. Juli 2022

**In hoher Schlagzahl baut die Regierung neue Gesetze. Da im Energiebereich kaum noch Marktkräfte wirken, muss auf veränderte Bedingungen administrativ und kleinteilig reagiert werden. Die Gasmangellage birgt hohes Risiko, wie die entsprechenden Gesetze auch.**

**von Frank Hennig**

Im liberalisierten Strommarkt reihen sich Kraftwerke nach ihren Grenzkosten ein. Je nach Bedarf und Preis kommen sie zum Einsatz oder auch nicht. Das regelte früher der Markt und eines wie oben angeführten

Gesetzes bedurfte es nicht. Nun wird seit vielen Jahren in den Markt hineingeprügelt, es wird gefördert und verboten, was das Zeug hält. EEG-begünstigte Anlagen werden per Einspeisevorrang zwangsweise in den Markt gedrückt, konventionelle Kraftwerke werden durch Sonderlasten wie den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel belastet oder gleich ganz verboten.

Der Energiemix im Strombereich wurde zielgerichtet verengt und es blieb Erdgas als einzige „Brückentechnologie“. Wer je über die Unzuverlässigkeit der wetterabhängigen Wind- und Solarstromproduktion sprach, wurde von dauerprogressiven Energiewendern darüber belehrt, dass es bald viele hochmoderne, schnell regelbare Gaskraftwerke geben würde. So hatte es auch die Kohlekommission empfohlen, schon im Januar 2019. Passiert ist allerdings so gut wie nichts, denn der Regierung wohlwollender Blick galt ausschließlich dem möglichst schnellen und umfangreichen Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen.

Die weiteren Abschaltungen von Kern- und Kohlekraftwerken können aufgrund einer zu geringen Zahl an Gaskraftwerken nicht kompensiert werden. 30 bis 50 Anlagen fehlen – eher mehr. Nun mangelt es nicht nur an diesen Kraftwerken, sondern kriegsbedingt am Gas selbst. Obwohl einige Übereifrige nach Zero-Covid schon nach Zero-Gas riefen und selbst den Schieber schließen wollten, löst der sinkende Gasdruck regierungsseitig große Bedenken aus.

Was sich früher über die Merit Order am Strommarkt selbst erledigt hätte, erfordert nun staatliches Handeln. Mit dem EKWG sollen einige der verschmähten fossilen Kraftwerke wieder reaktiviert werden, natürlich nicht einfach so, sondern unter ordentlich bürokratischen Bedingungen. Und so ist das „Ersatzkraftwerkebereitleistungsgesetz“ auch nur eine Abkürzung und steht für „Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften“. Dazu fand im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Bundestages am 24. Juni eine öffentliche Anhörung statt. Es ging konkret um den „Entwurf einer Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP“ zu dem Gesetz. Ordnung muss sein.

Wie immer blickt man im Gesetzentwurf nichts aufs Ganze, sondern ausschließlich auf das knappe Gas, dessen Einsatz zur Stromerzeugung auch finanziell bestraft („pönalisiert“) werden soll. Die Technologien Kernkraft wie auch Windkraft kommen im 31-seitigen Entwurf nicht vor. Die eine ist Teufelszeug und soll nicht mehr erwähnt werden, bis sie hoffentlich am 31. Dezember ihr Leben in Deutschland aushaucht, die andere wird peinlich beschwiegen, weil sonst ihre Unfähigkeit zur Versorgung zur Sprache kommen würde. So blieb es mir und nicht der Vertreterin des klimafixierten Ökoinstituts vorbehalten, die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch Kernkraft zu erwähnen.

## Hü und Hott

Einigkeit bestand darüber, dass die Gasmangellage „sehr, sehr ernst“ sei, Putin wurde schuldig gesprochen, tiefer ging man bei den Ursachen leider nicht.

Sollte das Gesetz in Kraft treten, wirken zwei bestehende Gesetze gleichzeitig und gegensätzlich: Über das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) werden Kohlekraftwerke abgeschaltet, über das Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetz (EKWG) werden sie teilweise wieder aktiviert. Die deutsche Energiepolitik zeigt Symptome der Konfusion auf höchstem bürokratischen Niveau. Die Schlagzahl der Formulierung neuer Gesetze in immer kürzeren Fristen nimmt zu.

Der alte Römer Tacitus sprach: „Der verdorbenste Staat hat die meisten Gesetze.“ (Um der Gefahr des Vorwurfs der Delegitimierung des Staates zu entgehen, distanzieren sich von diesem Zitat und weisen daraufhin, dass damit das alte Rom gemeint war.)

Die Klimaziele sollen unberührt bleiben, offenbar vermutet man nur einen kurzfristigen Einsatz von Kohlekraftwerken, weshalb die Regelungen im Gesetz nur bis 31. März 2024 gelten sollen. Inwieweit und warum sich bis dahin die Lage grundlegend geändert haben sollte, wurde in der Anhörung an keiner Stelle deutlich. Dafür gab es die Idee, die zwangsläufig steigenden Emissionen schnellstens wieder „zurückzuholen“, natürlich durch die zügige Beschleunigung des schnelleren Ausbaus der „Erneuerbaren“.

Deutlich wurde, dass auch neue Gaskraftwerke nötig sind. Niemand versuchte, die Sektoren Strom und Wärme zu trennen, wie es einige Politiker und Pseudowissenschaftler und -innen tun, um die Kernkraft aus der Diskussion herauszuhalten. Spätestens wenn egoistische Menschen bei administrativ abgesenkten Raumtemperaturen ihren Heizlüfter mit der Steckdose verbinden, wird die Überlappung der Sektoren deutlich. Zudem bleiben Gaskraftwerke für die Spitzenlast im Stromnetz weiter nötig, denn die reaktivierten Kohlekraftwerke müssen zunächst den entfallenden Strom aus Kernkraft ersetzen.

Noch sind Heizlüfter käuflich zu erwerben, aus guten Gründen gab es sie im DDR-Einzelhandel nicht. Besser wäre, die Bevölkerung würde von selbst auf den Einsatz solcher Geräte verzichten und Pullover überstreifen, aber der Weg zum klimagerechten Menschen dürfte noch viel grüne Erziehungsarbeit erfordern.

Ob die unter Zeitdruck zu verabschiedenden Energie-Gesetze nutzen oder eher schaden, wird die Zeit zeigen. Unverändert gilt, dass kleinteilige administrative Regelungen unweigerlich zum Bedarf weiterer Regulierung führen, denn man kann ihre Wirkung und mögliche Umgehungstatbestände nicht in Gänze vorhersehen.

## Darf`s etwas weniger sein?

Zunächst führt die planmäßige und angekündigte Revision der Nordstream-1-Leitung zum Stopp der russischen Gaslieferungen. Damit dürfte das Auffüllen der Speicher unterbrochen werden. Ob die Leitung wieder termingerecht in Betrieb geht, ist angesichts der politischen Unwägbarkeiten unklar. Die Liefereinschränkung durch einen fehlenden Verdichter wird auf jeden Fall bestehen bleiben, was Klimaminister Habeck als politisch verursacht feststellt. Inzwischen bestätigte Kanada allerdings, dass tatsächlich eine überholte Gasturbine für einen Verdichter aus Sanktionsgründen nicht zurück geliefert werden kann. Russland wird sich kaum bemühen, eine alternative Turbine einzusetzen. Gazprom-Chef Miller sagt, man könne über Nordstream 2 liefern. Das wollen wir natürlich nicht.

Unterdessen erweckt unsere Situation in der Ukraine Mitleid. Seit dem 16. März ist das Land mit dem europäischen ENTSO-Stromverbundnetz gekoppelt und Energieminister **Haluschtschenko** bietet Deutschland Strom aus ukrainischen Kernkraftwerken an. Etwa 50 Prozent des Stroms in der Ukraine hat seinen Ursprung in der Kernspaltung. Das größte europäische Kernkraftwerk (KKW) steht bei Saporischschja, ist derzeit allerdings unter russischer Kontrolle. Etwa 14 Gigawatt KKW-Leistung stehen zur Verfügung, es gibt eine Vereinbarung mit Westinghouse zur Optimierung von zwölf Reaktoren und zum Bau weiterer neun Blöcke. Eine Reaktion unserer Regierung auf das Angebot ist nicht bekannt, natürlich müsste man es aus Gründen der Sicherheit (in der Ukraine) ablehnen.

Die Aussichten sind trüb wie ein Gurken-Smoothie mit Banane und Rucola. Die Energiepolitik der Ampel wird durch die Grünen dominiert. Das hilft „dem Klima“ nicht, denn die Grünen sind keine Klimaschutz-, sondern eine Antiatompartei. Das Festhalten an einer Achtziger-Jahre-Ideologie ist reaktionär und kontraproduktiv, bestimmt aber den Kurs der Ampelregierung. Es wird noch mindestens zwei Politikergenerationen brauchen, bevor wie bei den finnischen Grünen ein Umdenken einsetzt.

Bis dahin wird es noch eine Fülle neuer Gesetze geben müssen, um die Energieplanwirtschaft zu gestalten. Bürokratie und Preise steigen, Versorgungssicherheit und Lebensniveau sinken. Grün wirkt.

Die Dokumentation zur Veranstaltung incl. Video (1:24h)

Meine Stellungnahme zum Gesetzentwurf

---

# Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen – vom Anfang einer üblen Affäre

geschrieben von Admin | 4. Juli 2022

**Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen. Und bedient sich gegenüber Herausgeber Henryk M. Broder dabei auch noch eines einschlägig bekannten Jargons.**

**Von Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner und Fabian Nicolay.**

Wie viele Affären, so kommt auch diese mit einer scheinbaren Petitesse ins Rollen. Ein kleiner Denunziant verspritzt auf Twitter anonym sein Gift gegen Achgut.com. Die Firma Audi ignoriert dies nicht etwa, sondern verspricht servil, den Fall zu prüfen. Einige Tage später cancelt unser Anzeigen-Mediapartner Taboola sämtliche Anzeigen auf Achgut.com auf Veranlassung eines in Deckung bleibenden „Premiumkunden“. Das gefährdet unsere Existenz. Die Achse soll plattgemacht werden. Und die Meinungsfreiheit gleich mit. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei der VW-Konzern und die dazugehörige Firma Audi. Eine Mitarbeiterin des Unternehmens befleißigte sich gegenüber Achgut-Herausgeber Henryk M. Broder sogar ungeniert eines einschlägig bekannten Jargons und berief sich auf „Exklusionslisten“ des Konzerns.

Aber eines nach dem anderen.

„Auweia“, schreibt am 10. Juni auf Twitter ein anonymer Denunziant mit dem stimmigen Namen „WahnSager“ an die Volkswagen-Tochter Audi: „Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners, Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? (Screenshot von heute) @volkswagen“. Der „Wahnsager“ bezieht sich dabei auf einen Beitrag des Kritikers der Corona-Maßnahmen Stefan Homburg. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Professor i. R. für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover und Gastautor von Achgut.com. Zu seinen Corona-Beiträgen auf Achgut.com in den letzten Jahren muss man nicht mehr sagen als dies: Homburgs Warnungen und Kritikpunkte haben sich inzwischen größtenteils bestätigt und gehören mehr oder weniger zum Stand des Wissens. Und wahrscheinlich ist genau das das Problem von Twitter-Gestalten wie dem „Wahnsager“.

Nun könnte man meinen, die Beurteilung von journalistischen Beiträgen und die Zurkenntnisnahme von anonymen Denunziationen sei nicht unbedingt das Kerngeschäft der hundertprozentigen VW-Tochter Audi. Ein Unternehmen, das wie der Volkswagen-Konzern samt Audi seine Existenz zum großen Teil an den chinesischen Markt gekettet hat, sollte mit seinen „Compliance-Regeln“ eigentlich nicht allzu auffällig wedeln.

## **Inklusions- und Exklusionslisten**

Da haben wir uns aber geirrt. Ein „Audi Official“ antwortete dem Twitter-Wahnsager stante pede:

*„Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend überarbeiten“.*

Eine etwas irritierte Anfrage von Achgut.com-Herausgeber Henryk M. Broder (den gesamten Mailwechsel finden Sie weiter unten) an Audi lautete: *„Ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose Denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „Überarbeitung“ ihrer Blacklist anbieten. Würden Sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen Kriterien Ihre Blacklist erstellt und wem bis jetzt die Ehre zuteil wurde, in diese Liste aufgenommen zu werden?“*

Daraufhin bekam er folgende Antwort: *„Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen“.* Soweit Cornelia Böhm, Abteilung Social Media von Audi.

Henryk M. Broder schrieb daraufhin folgende Mail, auf die keine Antwort mehr erfolgte:

*„Sehr geehrte Frau Boehm, ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der Tragweite ihrer Aussage bewusst sind, bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. Möglich, dass Sie bei der Ausbildung für ihre jetzige Tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer Zeit eine Aufgabe war, die in die Zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen Folgen für die Exkludierten, wie sie hier nachlesen können. Allein die Unbefangenheit, mit der sie die Begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich. Es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren Vorgesetzten reden würden – wofür die Exklusion von Menschen, Gruppen oder Unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen Denunziation sanktioniert werden. Ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche Praxis Teil der AUDI-Unternehmenskultur sein könnte“.*

## **Reicht ein polizeiliches Führungszeugnis?**

Nun wissen wir, dass es bei AUDI Inklusions- und Exklusionslisten gibt, die laufend überarbeitet werden, was vermutlich bedeutet, dass die einen reinkommen und die anderen rausfliegen. Gilt das nur für Werbeanzeigen oder auch für Kunden? Muss jemand, der sich ein AUDI-Auto kaufen will, einen Ahnenpass vorlegen oder reicht ein polizeiliches Führungszeugnis? Die AUDI AG ist ein Unternehmen der VW-Gruppe, weltweit

aktiv und dem Zeitgeist verpflichtet. Der Volkswagen-Konzern ist teilweise ein Staatsbetrieb mit einer großen Sperrminorität des Landes Niedersachsen („VW-Gesetz“)

Unser Anzeigen-Mediapartner Taboola ließ uns in einem Telefongespräch, an dem auch der „Country Manager für die Dachregion“ Thomas Koch teilnahm, unverblümt wissen, dass man zu Beginn unserer Zusammenarbeit keine Probleme mit unseren (seitdem unveränderten) Inhalten habe, inzwischen spiele man aber in einer anderen Liga und habe es mit großen börsennotierten Konzernen zu tun. Und die hätten sich beschwert (Das Gespräch liegt uns als Mitschrift dokumentiert vor). Bei einer internen „Überprüfung“ zog man dann allerhand Voodoo hinzu, darunter ausgerechnet die Beurteilung von „NewsGuard“, einem (Eigenwerbung) „Vertrauens-Tool fürs Netz“, sprich so eine Art privatwirtschaftliches Wahrheitsministerium, verwandt mit den „Fakten-Checkern“ à la „Correctiv“ (von denen NewsGuard gern Urteile übernimmt).

Achgut.com hatte in einer Serie über das korrumpierte „Vertrauenstool“ enthüllt: „Das Unternehmen „NewsGuard“ versucht Achgut.com durch Rufmord wirtschaftlich zu ruinieren. Es geht oft um pharma- und impfkritische Beiträge. Einer der größten Geldgeber von NewsGuard ist der Medienkonzern „Publicis“, der in den USA wegen krimineller Pharma-Kampagnen angeklagt wird.“ Und so dreht sich die bezahlte oder anonyme Denunziation munter im Kreise und bezieht sich stets auf sich selbst. Taboola kam dann mit Hilfe von NewsGuard zum Schluss, das Achgut.com „ein bisschen islamophobisch“ sei, und – man höre und staune – „die Wirksamkeit der Vakzine verneine“. Insgesamt zeigt sich in dem Rauswurf von Achgut.com eine perfekte Symbiose von Großunternehmen- und Wokeness-Ideologie.

## **Gerettet haben uns unsere Leser**

So mangelte es auch in der Vergangenheit nicht an Versuchen, die Achse des Guten wirtschaftlich zu ruinieren, weil dies die einzige Möglichkeit ist, ein unbequemes Medium zu beseitigen, das seit nunmehr 18 Jahren (!) wahrhaftig berichtet und schlicht die Meinungsfreiheit im ursprünglichen Sinne in Anspruch nimmt. Unter dem Motto „KeinGeldFürRechts“ versuchte bereits 2015 ein Mitarbeiter der Großagentur Scholz & Friends, uns in den Ruin zu treiben, indem unsere damalige Anzeigenagentur ebenfalls genötigt wurde, die Zusammenarbeit mit uns zu kündigen. Seitdem hat sich unser Anzeigengeschäft nur geringfügig erholt, da man erfahrungsgemäß nie wieder von den sogenannten „Blacklists“ herunterkommt. Lesen Sie dazu alles in unserem Dossier „Denunziantentage“.

Gerettet haben uns damals unsere Leser mit Spenden und Patenschaften, wofür wir Ihnen ewig dankbar sind. Die heutige Situation ist allerdings noch bedrohlicher, weil unser Aufwand und unser Angebot deutlich gewachsen sind, wir Achgut.com aber weiterhin kostenlos für alle bereitstellen und dies nicht ändern wollen. Die Vorgänge zeigen letztendlich die Relevanz von Achgut.com in der öffentlichen Debatte.

Was auf Achgut.com thematisiert wird, ist in der Welt. Es kann nicht mehr ignoriert werden. Und deshalb soll die Achse weg. Besonders stört unsere Verankerung im liberalen Bürgertum. Und daher rührt letztendlich auch die konzertierte Aktion, uns zu schaden. Gegen unbedeutende Medien muss man solche Geschütze nicht auffahren.

Der Wegfall der meisten Werbeeinnahmen trifft uns hart, da Spenden und Patenschaften alleine nicht für die Aufrechterhaltung von Achgut.com ausreichen. Wir von Achgut.com werden in den nächsten Tagen beraten, wie wir mit dieser Situation umgehen. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass heute keine neuen Beiträge erscheinen, morgen setzen wir die Berichterstattung bis auf Weiteres wie gewohnt fort. Bis dahin bleibt uns nur der Appell:

- Unterstützen Sie uns mit einer Patenschaft oder einer Spende, damit achgut.com weiter erscheinen kann. Unsere Rücklagen reichen für einen langfristigen Weiterbetrieb nicht aus.
- Wir verstehen selbstverständlich alle Leser, die uns in diesen schwierigen Zeiten finanziell nicht unterstützen können, und freuen uns umso mehr über jene, die es doch tun.
- Im Übrigen können alle uns helfen, indem sie diesen Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit publik machen und weiterverbreiten.
- Insbesondere Kunden des Volkswagenkonzerns und der Firma Audi können ihre Meinung bei diesen Unternehmen direkt kundtun, egal ob per E-mail, per Social Media oder persönlich beim Händler ihres Vertrauens.

### **Audi**

- Cornelia Böhm: <https://www.linkedin.com/in/corneliab%C3%B6hm/>
- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/audi-ag/>
- facebook: <https://www.facebook.com/AudiDE>
- twitter: <https://twitter.com/AudiOfficial>
- instagram: [https://www.instagram.com/audi\\_de/](https://www.instagram.com/audi_de/)

### **Volkswagen:**

- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/volkswagen-ag/>
- facebook: [https://www.facebook.com/VolkswagenDE/?brand\\_redir=126633520699374](https://www.facebook.com/VolkswagenDE/?brand_redir=126633520699374)
- instagram: [https://www.instagram.com/volkswagen\\_de/](https://www.instagram.com/volkswagen_de/) <https://twitter.com/VW>

### **Taboola:**

- Thomas Koch: <https://www.linkedin.com/in/kochthomas/>
- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/taboola/>
- favebook: <https://www.facebook.com/tabooladach>
- twitter: <https://twitter.com/taboola>
- Wir wissen, dass uns auch zahlreiche Mitarbeiter des Volkswagen-Konzerns gerne lesen, weil Achgut.com stets eine Lanze für das Auto

als individuelles Fortbewegungsmittel der selbstbestimmten Bürger bricht. Liebe Mitarbeiter des VW-Konzerns, kommunizieren Sie diesen Skandal an Ihre Kollegen weiter, gerade Ihr Protest bei Ihren Vorgesetzten ist besonders wichtig.

- Es geht nicht nur um uns, sondern auch um die Freiheit von uns allen. Wir danken allen unseren Lesern und Demokraten in diesem Land.

Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner, Fabian Nicolay

## Anmerkung der EIKE Redaktion

Wir unterstützen die ACHSE des Guten und erklären uns solidarisches. Was bei unserem Blog mangels der Entzugsmöglichkeit von Werbung durch den Entzug der Gemeinnützigkeit versucht wird, versucht man bei werbefinanzierten Blogs, diesen durch Entzug derselben, die Existenzgrundlage zu nehmen. Daher bitten wir unsere Leser, diesen Blog nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

**Dokumentation: Im Folgenden der Schriftwechsel zwischen Henryk M. Broder und der Audi AG sowie das Kündigungs-Schreiben unserer Anzeigen-Agentur**

Von: Broder Henryk

Gesendet: Dienstag, 14. Juni 2022 15:11

An: xxx (I/GP) ; xxx (I/GP)

Cc: xxx (I/GP-C1) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Betreff: wahnsager und blacklist

guten tag, frau xxx, frau xxx, frau boehm,

guten tag, herr xxx,

ich heiÙe henryk m. broder und bin mitherausgeber der seite „achse des guten“.

erlauben sie mir eine anfrage. auf dem twitter-account „WahnSager“ vom 10 juni

findet sich ein an sie gerichteter eintrag eines anonymen nutzers:

– Auweia

@AudiOfficial

*Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners, Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? –*

worauf ein AudiOfficial antwortet:

Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend überarbeiten.

ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „überarbeitung“ ihrer blacklist anbieten. würden sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen kriterien ihre blacklist erstellt und wem bis jetzt die ehre zuteil wurde, in diese liste aufgenommen zu werden? und noch etwas: sollte ich auf die idee kommen, mir einen audi zu kaufen, könnten sie mir garantieren, dass er nicht in einem ihrer werke in der uiguren-provinz Xinjiang hergestellt wurde, in der das chinesische regime arbeits- und umerziehungslager unterhält? produkte aus dieser region stehen nämlich auf meiner blacklist.

mit der bitte um eine zeitnahe und zitierfähige antwort

mit besten grüßen

ihr hmb

link: <https://twitter.com/WahnSager/status/1535186438752542721>

\*\*\*\*\*

On Thursday, June 16, 2022, 08:25:05 AM GMT+2, Boehm, Cornelia (I/GP-C1) wrote:

Sehr geehrter Herr Broder,

Vielen Dank für Ihre Anfrage.

Ich hoffe sehr, Sie genießen den Feiertag!

Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen.

Mit besten Grüßen aus Ingolstadt,

Cornelia Böhm

Mit freundlichen Grüßen / Best regards,

Cornelia Böhm

Social Media

Find me on LinkedIn

AUDI AG I/GP-C1 D-85045 Ingolstadt Tel.: xxx Mobile: xxx Write me a mail!

\*\*\*\*\*

— Forwarded Message —

From: Broder Henryk

To: Arnold, Dirk (I/GP) ; Mellinghoff, Susanne (I/GP) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Cc: Weigel, Janina (I/GP-C1) ; Clemendt, Sina (I/GP-U)

Sent: Friday, June 17, 2022, 04:27:23 PM GMT+2

Subject: Re: AW: wahnsager und blacklist

sehr geehrte frau boehm,

ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der tragweite ihrer aussage bewusst sind,

bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. möglich, dass sie bei der ausbildung für ihre jetzige tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer zeit eine aufgabe war, die in die zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen folgen für die exkludierten, wie sie

hier <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichssicherheitshauptamt> nachlesen können. allein die unbefangenheit, mit der sie die begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich.

es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren vorgesetzten reden würden – wofür die exklusion von menschen, gruppen oder unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen denunziation sanktioniert werden. ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche praxis teil der AUDI-unternehmenskultur sein könnte.

ich wünsche ihnen ein inklusives wochenende

hb

\*\*\*\*\*

**Wir stellten am Donnerstag den 23.06.2022 fest, dass über unsere Anzeigen Agentur Taboola, mit der wir seit Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten, keinerlei Werbung mehr ausgespielt wurde. Auf Anfrage erhielt unser Büroleiter von dort folgende Antwort:**

Hallo Christoph,

es tut mir leid, dass die Codes nicht angezeigt werden. Wir hatten eine unangenehme Situation, auf die wir kurzfristig reagieren mussten. Das Ausschalten vom Feed wurde als temporäre Lösung angewendet, bis das Problem vollständig untersucht werden konnte.

Von unserem Premium-Advertiser haben wir starke Beschwerden zur Polarität und Kontroversität der Inhalte von Achgut erhalten. Als Reaktion darauf hat sich unser Content Review Team die Inhalte genauer angeschaut. Dazu wurden mehrere interne sowie externe Check-Tools angewendet. Im Ergebnis der Prüfung kamen unsere Content Review- und Policy-Teams zu dem Schluss, dass die auf Achgut veröffentlichten Inhalte den Publisher-Richtlinien von Taboola nicht entsprechen. Infolgedessen muss die Partnerschaft zwischen Achgut Media und Taboola beendet werden.

Es tut mir leid, dass ich dir diese unangenehme Nachricht überbringen muss, denn ich habe unsere Zusammenarbeit immer genossen. Diese Entscheidung kann ich jedoch nicht beeinflussen. Wenn nötig, können wir gern dazu persönlich sprechen. Ansonsten bekommt ihr am Montag eine offizielle E-Mail vom Legal dazu.

Was die Auszahlungen angeht, werden alle ausstehenden Gutschriften von uns selbstverständlich beglichen.

Ich danke dir für unsere Zusammenarbeit und hoffe auf dein Verständnis.

Kind regards / Viele Grüße

K. O

\*\*\*\*\*

*Lesen Sie zum Thema bei Achgut bitte auch*

„Skandalchronik einer deutschen Industrieperle“

„Gegen die Macht der Denunzianten“

„Feigheit als Markenkern“

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

# Europa kann den Winter nicht überleben

geschrieben von Admin | 4. Juli 2022

**Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Die Erdgaskrise in Europa könnte nicht erst im Winter oder im Oktober beginnen, sondern schon im Juli oder August 2022.**

**von Stefan Frank**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) hat am Wochenende die lange erwartete Energiewende verkündet: Deutschlands Kohlekraftwerke werden wieder Strom produzieren. In den letzten Tagen habe sich die Lage am Gasmarkt verschärft, erklärte der Minister:

*„Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muss weiter sinken, dafür muss mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng.“*

Um den Gasverbrauch zu senken, solle „weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden“. Sehr vernünftig. Dann werden also die Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 länger laufen, um die Katastrophe abzuwenden? Vielleicht werden stillgelegte Reaktoren wieder in Betrieb genommen? Nein: „Stattdessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen“. Der „Klimaschutz“ ist eben doch nicht so wichtig. Ein Déjà-vu-Erlebnis: Die gleiche Ankündigung hatte es schon vor fast vier Monaten gegeben. *Spiegel online* meldete am 28. Februar 2022:

*„Inzwischen heißt es im [Bundeswirtschafts-] Ministerium auch, dass in den kommenden Monaten vor allem Kohlekraftwerke die Stromproduktion übernehmen sollen – und nicht Gaskraftwerke. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, die derzeit extrem niedrige Füllstände aufweisen.“*

Offenbar musste die Idee im Wirtschaftsministerium wie ein Käse mehrere Monate reifen, ehe sie umgesetzt wurde.

## **Rekord bei der Erdgasverstromung**

In der Zwischenzeit wurde tüchtig Erdgas verstromt, als gäbe es kein Morgen. Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, der die Website Energy Charts betreibt, die der Öffentlichkeit interaktive Grafiken zu Stromproduktion und Börsenstrompreisen bietet, berichtete letzte Woche auf Twitter:

*„Im Mai wurden mehr als 4 TWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat. Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten.“*

Eigentlich. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, so Burger, *„hätten im Mai mehr Strom liefern können, um teures Erdgas bei der Stromerzeugung einzusparen. Die Kraftwerksleistung in Betrieb war deutlich höher als die Erzeugung der Kraftwerke.“*

Weiter schreibt er: *„Im Mai 2020 haben Braunkohlekraftwerke auf die tageszeitlichen Schwankungen der Strompreise reagiert. Im Mai 2022 waren es die Gaskraftwerke.“*

Mehr Kohlekraftwerke, sagt Robert Habeck, würden „für eine Übergangszeit“ benötigt. Übergang zu was? Und wie lange wird diese Übergangszeit dauern? Habeck suggeriert mit dem Begriff, dass es eine Sache von Monaten oder wenigen Jahren wäre, dass russisches Erdgas durch Gas, das in flüssiger Form (LNG) aus den USA und Katar kommt, ersetzt werden könne. Erstens aber wird LNG aufgrund des aufwendigen Prozesses (Verflüssigung, Transport per Schiff, Regasifizierung) immer teurer sein, als es das Pipelinegas früher war. Darum sollte es sich verbieten, es überhaupt zur Stromproduktion zu verwenden. Zweitens gibt es auf dem Weltmarkt gar keine derartig großen Kapazitäten, die auf Deutschland und die EU warten.

## **Wie prekär Europas Situation wirklich ist**

Unter dem Titel: „Vor der kommenden Energiekrise gibt es kein Entkommen“ gab Anas Alhajji, Chefökonom des Beratungsunternehmens *NGP Energy Capital Management*, vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview im Podcast *MacroVoices* (ab Minute 15:20). Er machte deutlich, wie prekär Europas Situation wirklich ist. Die Konfrontation zwischen Europa und Russland, so Alhajji, sei so, wie wenn zwei Personen einander in die Finger bissen:

*„Wer wird zuerst schreien? Derjenige, der zuerst schreit,*

*verliert, obwohl beide vielleicht nur der Bruchteil einer Sekunde trennt. Beide werden also schreien, aber einer um den Bruchteil einer Sekunde vor dem anderen. Und Europa wird verlieren. Russland hat einen Haushaltsüberschuss. Russland hat einen Handelsüberschuss. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Und das ist der Grund, warum es die Sanktionen hinauszögert – weil sie wissen, dass sie nicht überleben können.“*

Er wies auf die allerjüngsten Kalamitäten hin: Am 9. Juni ereignete sich eine Explosion mit nachfolgendem Brand in einer Erdgasverflüssigungsanlage des amerikanischen Unternehmens Freeport, rund hundert Kilometer südlich von Houston. Das LNG-Terminal, auf das etwa 20 Prozent der amerikanischen LNG-Exporte entfallen, wird für viele Monate ausfallen.

Damit fallen LNG-Lieferungen weg, die niemand ersetzen kann. Einen Tag zuvor hatte Algerien – ein Verbündeter Putins – seinen Banken angeordnet, keine Geschäfte mehr mit spanischen Unternehmen zu machen und einen Stopp der Gaslieferungen angedroht. Auch das eine potenzielle Katastrophe für die EU.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bescheinigt Alhajji, anders als die Europäer einen Plan zu haben. Alhajji prognostiziert eine Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August 2022. Einige langfristige Lieferverträge endeten im nächsten Monat – dann werde Russland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden. „Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober.“

## **Hurrikansaison könnte Europas Pläne durchkreuzen**

Weiteres Ungemach droht: Das gesamte LNG, das von den USA nach Europa exportiert wird, stammt aus dem Golf von Mexiko. Und die Hurrikansaison steht vor der Tür. Derzeit werden 14 bis 21 Tropenstürme „mit Namen“ vorhergesagt. Sechs bis zehn davon könnten laut der Vorhersage zu Hurrikanen werden (Windgeschwindigkeiten von 119 km/h und mehr). Drei bis sechs zu schweren Hurrikanen (178 km/h und mehr). „Wir wissen, dass selbst Hurrikane, die keine Zerstörung anrichten, Verzögerungen im Schiffsverkehr mit sich bringen“, so Alhajji:

*„Europa könnte also in Schwierigkeiten kommen, obwohl die Erdgasspeicherstände gestiegen sind und derzeit ein komfortables Niveau erreicht haben. Das kann innerhalb von Tagen ausgelöscht werden, wenn keine zusätzlichen Lieferungen*

*kommen.“*

Die Suche nach weiteren LNG-Lieferanten ist nicht vielversprechend, zumal Europa auf dem LNG-Markt in Konkurrenz zu Asien steht. Katar, so Alhajji, habe „nichts zu liefern, allein deshalb, weil alles über Verträge verkauft ist“. Algerien habe nichts anzubieten, „und wenn es die Lieferungen nach Spanien einstellt, gibt es eine schwere Krise“. „Wo also wird das Gas herkommen?“, fragt er.

Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig nicht in der Lage, einen Ausfall der russischen Lieferungen zu kompensieren. Es werde eine große Lücke geben, Europa werde sich wieder an Russland wenden müssen – das den Europäern aber vielleicht gar kein Erdgas mehr verkaufen werde, ehe nicht alle Sanktionen aufgehoben sind. Den europäischen Regierungen werde nichts anderes übrig bleiben, als sich Moskau zu beugen. Anderenfalls, glaubt Alhajji, würden die Regierungen stürzen und neu gewählt werden. „Putin gewinnt in jedem Fall, egal, was die Presse sagt.“

Was die LNG-Exporte der USA betrifft, rechnet er damit, dass sie mittelfristig in Amerika auf Widerstand stoßen werden. Hintergrund: Um die Erdgaspreise in den USA niedrig zu halten, waren Ausfuhren bis 2014 verboten. Erst durch den Schiefergas-Boom (Fracking) hatten die Vereinigten Staaten so viel Erdgas übrig, dass Exporte nicht mehr auf politische Ablehnung stießen. Doch die LNG-Exporte haben zu einem starken Preisanstieg von Erdgas auf dem amerikanischen Inlandsmarkt geführt. Wie sehr der Export die Preise treibt, zeigte sich, als die Nachricht der Explosion in dem Freeport-LNG-Terminal die Erdgaspreise in den USA einbrechen ließ (während sie in Europa als Reaktion in die Höhe schossen), weil geringere Exporte eine höhere Menge für den amerikanischen Markt bedeuten. Alhajji glaubt:

*„Wenn die Erdgaspreise in den USA auf 12 oder 14 Dollar [der bisherige Jahresrekord liegt bei 9,50 US-Dollar/mmBtu ; S.F.] steigen, wird es amerikanische Politiker geben, die, obwohl sie pro-Ukraine und für die Unterstützung der EU sind, sagen werden, die LNG-Verkäufe nach Europa müssen beschränkt werden.“*

Bei Benzin und Diesel erwägt die US-Regierung tatsächlich schon jetzt Exportbeschränkungen. Von Moderator Erik Townsend gefragt, ob es für Europa einen Ausweg gebe, wenn es bereit sei, „Kompromisse bei den Klimazielen“ zu machen, antwortete Alhajji:

*„Das ist der traurige Teil. Es gibt eine beschränkte Fähigkeit dazu. Einige Länder haben sogar noch Kraftwerke, die mit Öl betrieben werden können, andere haben noch Kernkraftwerke. Doch das Problem ist: Sie haben die meisten stillgelegt. Sie wieder*

*in Betrieb zu nehmen, würde viel Zeit und massive Investitionen erfordern. Diese Option existiert also, aber in begrenztem Umfang.“*

Die Europäer müssten „wirklich ihre Politik überdenken“. Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben. „Und Menschen werden sterben, entweder an der Hitze oder der Kälte.“

## **Der Bundeskanzler fragt in Kolumbien nach Kohle**

In dieser Situation redet Habeck die Wichtigkeit der Kohlekraftwerke klein, indem er sagt, sie würden für eine „Übergangszeit“ betrieben werden. Wir wissen natürlich, warum er das tut. Er hält Kohlekraftwerke für Sünde und kann seinen Brüdern und Schwestern im Geiste nicht die Wahrheit zumuten: dass diese Sünde nun zur Normalität wird. Wer aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass es so sein muss: Deutschland konnte überhaupt nur dank des billigen russischen Erdgases auf Kernenergie und Kohle gleichzeitig verzichten (oder meinte, das zu können). Ohne das Erdgas muss man sich für eine der beiden anderen Optionen entscheiden, solange Außerirdische uns noch nicht die Batterietechnologie gebracht haben, mit der sich der von Windkraft- und Solaranlagen produzierte Strom speichern lässt, um Vorräte für Stunden, Tage, Wochen und Monate zu schaffen.

Es ist indessen ein schwerer strategischer Fehler der Regierung, öffentlich zu erklären, die Kohlekraftwerke würden nur für kurze Zeit, als „Notlösung“ eingeschaltet. Warum? Weil Menschen nötig sind, die sie betreiben und warten. Wenn man diesen sagt, dass ihre Arbeit nicht geschätzt und auch nur von kurzer Dauer ist, ehe man sie ab 2024 wieder als „Klimakiller“ diffamieren wird, haben sie dazu vielleicht gar keine Lust. Wir haben kürzlich über die Energiekrise in Australien berichtet. Dabei spielen auch marode Kohlekraftwerke eine Rolle, die nicht mehr ausreichend gewartet werden, weil sie ja angeblich nur auf Abruf in Betrieb sind. „Das Problem ist, dass, wenn Sie den Leuten, die Sie unterstützen, sagen, dass Sie ihre Dienste nicht mehr benötigen und nur noch fünf Jahre bleiben, sie anfangen werden, die Wartungsprogramme abzuwickeln, weil sie für zehn oder zwanzig Jahre geplant hatten“, sagte Paul Flynn, der Vorstandsvorsitzende von Australiens größtem Kohlekonzern Whitehaven Energy, letzte Woche auf der Konferenz *Australian Financial Review ESG Summit*. „Sie sehen jetzt den Beweis dafür, dass die Unzuverlässigkeit [der Kraftwerke] zunimmt, aber das war durchaus zu erwarten.“

Der Krieg gegen die Kohle – samt der Weigerung zahlreicher Banken und Versicherungen, Unternehmen als Kunden zu akzeptieren, deren Geschäft die Kraftwerkskohle ist – hat zudem zu einer kartellähnlichen Situation geführt: Es gibt, verglichen mit früher, nur noch relativ wenige Kohleunternehmen, und kaum eines von ihnen denkt auch nur daran, seine Produktion substanziell zu erhöhen. Wenn die Konzerne nun Investitionen

tätigen sollen, die sich erst im Lauf von vielen Jahren amortisieren werden, müsste man ihnen allen jetzt das politische Signal senden, dass die Kohle noch lange gebraucht werden wird und der Krieg gegen die Kohle beendet ist.

Die Bundesregierung setzt beim Kohlekauf stattdessen auf Telefondiplomatie. Wie zu lesen ist, hat Bundeskanzler Olaf Scholz den kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque angerufen hat, um auf eine Expansion des Steinkohletagebaus El Cerréjon zu drängen. El Cerréjon, eine der größten Kohleminen der Welt, befindet sich im Alleinbesitz des Schweizer Unternehmens Glencore, seit Glencore letztes Jahr die Anteile der beiden Joint-Venture-Partner BHP und Anglo American für ein Butterbrot gekauft hat.

Ein deutscher Bundeskanzler telefoniert also mit dem Staats- und Regierungschef von Kolumbien und bittet um mehr Kohle. Wer denkt da nicht gleich an den Begriff „Bananenrepublik“? Was seine Berater Scholz vielleicht nicht gesagt haben: Präsident Duque ist nur noch bis zum 7. August im Amt. Am Sonntag wurde der frühere Linksterrorist Gustavo Petro zu seinem Nachfolger gewählt. Die schlechten Nachrichten – bzw. die guten für Putin – reißen wahrlich nicht ab.

Zumindest ihre jetzigen Entscheidungen und ihre Wortwahl hat die Bundesregierung hingegen in der Hand. Die notwendigen Investitionen in Kohleproduktion, Kraftwerke und Transportkapazitäten werden gehemmt oder verhindert, wenn alle glauben, dass sie sich nicht rentieren werden, weil Kohle ja angeblich keine Zukunft habe. Es gibt viele Faktoren, die die Bundesregierung nicht – oder heute nicht mehr – beeinflussen kann. Aber in Worten und Taten weiterhin gegen Kohle – und erst recht gegen die Kernenergie – vorzugehen, das ist ein Fehler, der Putin freut, uns aber teuer zu stehen kommen wird. Und dazu einer, der völlig vermeidbar wäre. Im Tennis gibt es dafür den Begriff *unforced error*.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier